

Wegen Feinstaub wird Fahrverbot in der Innenstadt wahrscheinlich

Bündnis für saubere Luft: Die hohen Werte werden am Bohlweg noch steigen

Von Ralph-Herbert Meyer

Die Stadt stellt gegenwärtig alle Möglichkeiten auf den Prüfstand, um dem gesundheitsgefährdenden Feinstaub in der Innenstadt Herr zu werden. Fahrverbote und generelle Tempo-30-Zone innerhalb des Rings sind möglich.

Das erklärte am Sonnabend ein Sprecher der Stadt auf Anfrage zu den aktuellen Messungen des Bündnisses für saubere Luft in Braunschweig.

Nach Informationen unserer Zeitung wird in Verwaltungskreisen derzeit von einem Fahrverbot für Autos ohne rote, gelbe oder grüne Feinstaub-Plakette ausgegangen. Das hatte bereits mehrfach die Ratsfraktion der Grünen gefordert.

In Stuttgart, München, Berlin, Frankfurt und Köln sind so genannte Umweltzonen bereits beschlossene Sache. Bundesweit sollen sie zum 1. Januar 2008 möglich sein. Das Umweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände wollen sich im Herbst einigen.

Kritiker eines Fahrverbots erklären, dass Straßen-, Reifen-, Brems- und Kupplungsabrieb mehr belasten als Auspuff-Emissionen. Nach Untersuchungen des Landes resultieren am Bohlweg lediglich 20 Prozent des vom Verkehr verursachten Feinstaubes aus Abgasen. Selbst Hybridautos verursachen, so die Kritiker, durch Abrieb Feinstaub. Für sie ist ein Fahrverbot für bestimmte Autos Aktionismus.

Stadt legt Konzept bis zum Sommer vor

Zur letzten Ratssitzung vor der Sommerpause wird die Verwaltung ein Konzept zur Luftreinhaltung und Feinstaubreduzierung in Braunschweig vorlegen. Dann muss die Politik beraten und entscheiden. Inhalte werden auch Optimierung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs und des Radwegenetzes sein.

Bislang gibt es bereits Fahrverbot für Lastwagen (außer Lieferverkehr) innerhalb des Rings und eine Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo-30) auf dem Bohlweg.

Die eigenen Messungen des Bündnisses für saubere Luft Anfang April haben nach Auskunft von Kristine Schmieding weiter alarmierende Feinstaub-Werte (PM 10) für den Bohlweg ergeben. Gemessen wurde mit einem Messgerät von Greenpeace/Österreich. Dabei sei sogar unter für den Luftaustausch günstigen Bedingungen gemessen worden.



Am Bohlweg wird der von der EU festgelegte Feinstaub-Grenzwert oft übertreten. Bis 2004 wurde die Belastung regelmäßig gemessen. Dann stellte das Land den Messcontainer anderenorts auf. Foto: Rudolf Flentje



Das Bündnis für saubere Luft macht mit spektakulären Auftritten auf das Feinstaub-Problem aufmerksam. Unser Bild zeigt eine junge Frau während eines Aktionstages, wie sie symbolisch den Burgplatz putzt. Archivfoto: David Taylor

„Der noch gefährlichere Anteil des ultrafeinen Staubes, der von uns erstmals gemessen wurde, ergab ein noch negativeres Bild. Der bisher nur in den USA geltende Grenzwert wurde fast immer überschritten. Zumeist um das Doppelte. In einem Fall betrug er sogar mehr als das Dreifache“, teilt das Bündnis mit.

Die Ergebnisse unterstützten die Einschätzung, so Kristine Schmieding, dass die Feinstaubbelastung am Bohlweg und in der Umgebung – über einen längeren Zeitraum betrachtet – immer noch viel zu hoch seien.

Das Bündnis geht davon aus, dass durch zunehmenden Autoverkehr und der Abholzung des früheren Schlossparks künftig sogar noch höhere Werte als in den vergangenen Jahren zu befürchten seien.

„Kommunale Konzepte allein reichen nicht“

„Um zu wirklich fundierten Aussagen zu kommen, ist die Wiederaufstellung eines kontinuierlich arbeitenden Messcontainers unbedingt erforderlich“, meint Kristine Schmieding.

Der Sprecher der Stadt versichert,

STICHWORT

Umweltzone

► In einer Umweltzone dürfen Kommunen Fahrverbote zur Reduzierung von Feinstaub aussprechen.

► Eine Umweltzone wird mit einem neuen Verkehrszeichen beschildert. Das Schild entspricht einer Tempo-30-Zone. Allerdings steht dann innerhalb des roten Kreises „Umwelt“.

► Ein Zusatzschild wird kenntlich machen, mit welcher Schadstoffplakette (grün, gelb, rot) gefahren werden darf.

► Vermutlich werden Umweltzonen bundesweit vom 1. Januar 2008 an möglich sein. Bund und kommunale Spitzenverbände wollen sich darauf im Herbst einigen.

dass die Verwaltung sich beim Land um die Rückkehr des Containers bemüht habe, allerdings vergeblich. In letzter Konsequenz sei das Wiederaufstellen jetzt auch nicht notwendig: „Wir wissen doch, dass die Werte zu hoch sind, dass wir handeln müssen.“ Später – zur Kontrolle der Wirkungen des Aktionsplans – sei das viel bedeutender.

Erforderlich seien jedoch nicht nur kommunale, sondern bundesweite Anstrengungen. An der Feinstaub-Belastung am Bohlweg sind nach einer Analyse des Landes lediglich 35 Prozent dem lokalen Verkehr geschuldet.

Reimann verzichtete auf Kandidatur

Drei Braunschweiger im Beirat des SPD-Bezirks

Von Michael Ahlers und Jörn Stachura

Carola Reimann, SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Unterbezirks Braunschweig, hat auf eine Bewerbung als stellvertretende Bezirksvorsitzende verzichtet. Sie gehört allerdings dem Vorstand als Beisitzerin an.

Obwohl der Unterbezirk Braunschweig die Kandidatur unterstützt hatte, gab Reimann frühen Samstag Nachmittag ihren Verzicht bekannt. Grund war, dass für sie überraschend auch die Peinerin Eva Schlaugat kandidierte.



Carola Reimann begründete ihren Verzicht mit den Umständen, „dass es sich nicht lohnt, für einen Stellvertreter-Posten in eine innerparteiliche Auseinandersetzung einzutreten“. Reimann betonte, dass sie ein gutes Verhältnis zu Schlaugat habe.

Auch Gundolf Algermissen, DGB-Regionsvorsitzender in Braunschweig, kandidierte nicht wieder für den Vorstand. Algermissen, der das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD-Bezirk als „nicht unbedingt konfliktfrei“ bezeichnet hatte, begründete seinen Rückzug als Beisitzer damit, dass er Ende des Jahres 2008 im Altersteilzeit gehen werde. „Es macht keinen Sinn, sich bis 2009 wählen zu lassen, wenn man vorher als DGB-Regionsvorsitzender ausscheidet.“

Dass Carola Reimann nicht für einen Sitz im Vorstand antrat, überraschte Algermissen nicht: „Das hatte sich bereits vorher angedeutet. Wenn man weiß, dass man allenfalls als dritte Siegerin durchs Ziel gehen kann und nicht mehrheitsfähig ist, dann ist es ein ganz normaler politischer Vorgang, von einer Nominierung abzusehen, um nicht politischen Schaden zu nehmen.“

Klaus Winter, Braunschweigs SPD-Ratsfraktionsvorsitzender, hielt sich bedeckt: „Mir ist lediglich das Ergebnis bekannt, ich selbst war allerdings kein Delegierter und kenne darum auch nicht alle Hintergründe und Gespräche. Ich möchte keine Stellung nehmen.“

Für Gerhard Glogowski kam der Rückzug von Carola Reimann ebenfalls nicht überraschend: „Man muss immer seine Chancen ausloten und dann auch dem Umstand Rechnung tragen, dass Braunschweig nicht mehr größter Unterbezirk ist. Das ist mittlerweile Peine. Es war vor diesem Hintergrund eine richtige Entscheidung von Carola Reimann, nicht zu kandidieren.“

Ob damit der SPD-Unterbezirk Braunschweig auf Bezirksebene Einfluss verloren hat, vermag Glogowski gegenwärtig noch nicht zu sagen. „Das wird erst die Zukunft zeigen. Was man sagen kann: Der Unterbezirk Braunschweig war traditionell stark im Bezirk. Wir sind jetzt schwächer als einst.“

Neben Reimann wurden aus Braunschweig Annegret Ihbe sowie Kai Florysiak in das 11-köpfige Beisitzer-Gremium gewählt.

Gerhard Glogowski.

„Bei Bürgerbegehren fehlt Gelassenheit“

Timo Weber, der Organisatoren von Begehren berät, zum Streit über Braunschweigs künftige Bäderlandschaft

Zweites Bürgerbegehren in Braunschweig. Diesmal geht es um die Zukunft der Bäderlandschaft der Stadt. Pro und Contra werden heftig diskutiert. Tim Weber von der Bremer Organisation „Demokratie jetzt“ hat die Organisatoren des Begehrens beraten, gleichwohl plädiert er im Gespräch mit Redakteur Jörn Stachura für mehr Gelassenheit.

Ein Bürgerbegehren zu starten, ist Bürgerrecht. Warum löst ein Begehren in Braunschweig dennoch so heftige Diskussionen aus?

Weil Braunschweig in Niedersachsen liegt. Bürgerbegehren sind bei uns sehr selten. Es gibt keine Erfahrungen, wie man mit ihnen umgehen soll. Schrilte Reaktionen auf ein Begehren sind einfach ein Zeichen der Unsicherheit. Uns fehlt noch die bayrische Gelassenheit. Denn dort hat es in den vergangenen 10 Jahren sage und schreibe 900 Bürgerbegehren gegeben. Dort sind Bürgerbegehren längst Bestandteil des politi-

schen Lebens und entsprechend gelassen geht man mit ihnen um. Wir Niedersachsen müssen das noch lernen.

Wenn Vertreter der Bürgerschaft plötzlich die Bürgerschaft gegen sich haben, ist das gleichwohl ein politisches Alarmsignal.

Natürlich. Doch ein Bürgerbegehren ist nicht gleichbedeutend damit, dass die gesamte Bürgerschaft gegen einsam regierende Politiker aufbegehren. Fakt ist: 60 Prozent aller Bürgerbegehren enden damit, dass sich der Bürgermeister oder die Politik durchsetzen. Es ist also falsch anzunehmen, die Politik müsse reflexhaft mit Ablehnung auf ein Bürgerbegehren reagieren. Schließlich war es ja die Politik selbst, die Bürgerbegehren als Instrument der direkten politischen Teilhabe der Bürger beschlossen hat. Bayerns CSU-Innenminister Günther Beckstein erklärt mittlerweile wörtlich, er sei Fan von Bürgerbegehren.



Tim Weber von der Organisation „Demokratie jetzt“. Foto: Stachura

Politiker werden für Fehler an der Wahlurne vom Wähler abgestraft. Welche Folgen hat aus ihrer Sicht ein erfolgreiches Bürgerbegehren für Braunschweigs Politik-Landschaft?

Ein Begehren mit fairem Ablauf ändert an der politischen Grundhaltung nichts. Wenn sich in Braunschweig CDU- und SPD-Wähler für das Begehren entscheiden sollten, weichen sie nur in einer Sachfrage – also punktuell – von der Meinung der Partei ab. Untersuchungen zeigen, dass am späteren Wahlverhalten sich darum nichts ändern wird.

Braunschweigs Stadtverwaltung behauptet jetzt, das neue Bürgerbegehren sei unzulässig.

Diese Auffassung der Stadtverwaltung ist an sich belanglos. Schließlich entscheidet darüber der Verwaltungsausschuss – ein politisches Gremium. Da die Auffassung der Stadtverwaltung zudem nicht rechtsverbindlich ist und darum falsch sein könnte, wovon ich übrigens überzeugt bin, hätten die Rathausjuristen besser geschwiegen. Denn nun setzt man sich ohne Not dem Verdacht aus, im Verfahren nicht neutral zu sein.